

**26.04.2011 – Günter Verheugen:**

**Die ‚Erweiterung‘ der EU in Geschichte und Gegenwart**

**(Frankfurt/Oder)**

Nach dem Durchschneiden des Eisernen Vorhangs am 27. Juni 1989 an der österreichisch-ungarischen Grenze durch die Außenminister Alois Mock und Guyla Horn und der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November des gleichen Jahres stellte sich die Frage der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften mit einem Schlag neu. Es kam zunächst lediglich zu ‚Europaabkommen‘, die die mittel- und osteuropäischen Länder an die Union (Stichwort ‚Binnenmarkt‘) heranführen sollten. Diese Abkommen waren die Vorstufe für Beitritte der Kandidatenländer, die erst später als Vollmitglieder vorgesehen waren. Danach stand die Vertiefung der EU sowie die Realisierung der Erweiterung um EFTA-Staaten im Vordergrund. Vertiefungsgipfel prägten demzufolge die Entwicklung (Straßburg 1989, Maastricht 1991, Turin 1996 und Amsterdam 1997). Mit den Gipfeltreffen von Luxemburg 1998 und Helsinki 1999 wurden die Weichen für die Osterweiterung und den Kandidatenstatus der Türkei gestellt. 12 Neuaufnahmen folgten, so dass aus den EU 15- (1995) EU 27-Staaten (2004/07) wurden.

Günter Verheugen, geboren am 28. April 1944 in Bad Kreuznach, war Politiker im Rahmen der FDP, aus der er 1982 wegen des Koalitionswechsels zur CDU/CSU ausschied. Noch im gleichen Jahr schloss er sich mit anderen FDP-Mitgliedern wie Ingrid Matthäus-Maier der SPD an. Für die deutschen Sozialdemokraten war Verheugen von 1983 bis 1999 Abgeordneter im Deutschen Bundestag. So erlebte er auch den Umzug von Bonn nach Berlin und den Wandel von der Bonner zur Berliner Republik mit. Willy Brandt beförderte Verheugen 1987 zum Chefredakteur der Parteizeitung ‚Vorwärts‘. Von 1983 bis 1998 war Verheugen Mitglied des Auswärtigen Ausschusses sowie 1992 auch Vorsitzender des Sonderausschusses Europäische Union (EU). Von 1994 bis 1997 war Verheugen auch für Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zuständig und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag. Unter Rudolf Scharping nahm Verheugen von 1993 bis 1995 das Amt als Bundesgeschäftsführer der SPD wahr. Im Rahmen der transnationalen Parteienkooperation war Verheugen 1997 Vorsitzender des Komitees für Frieden, Sicherheit und Abrüstung der Sozialistischen Internationale (SI). Von 1998 bis zu seiner Berufung zum EU-Kommissar 1999 diente Verheugen als Staatsminister im Auswärtigen Amt unter Außenminister Joschka Fischer.

Als Mitglied der Europäischen Kommission Romano Prodi wurde Verheugen zuständig für die Erweiterung. In diese Amtszeit fielen die Beitrittsverhandlungen mit den zwölf Staaten der ‚EU-Erweiterung‘ 2004/2007 sowie der Beschluss zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. In seiner 2. Amtszeit war er vom 22. November 2004 bis zum 9. Februar 2010 Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Industrie und Unternehmenspolitik. Ab 2007 war er der europäische Vorsitzende des Transatlantischen Wirtschaftsrates, also auch mit

den Beziehungen der EU mit den USA intensiv befasst. Nach seinem Ausscheiden aus der Europapolitik ist Verheugen heute als Honorarprofessor an einem für seine Tätigkeit prädestinierenden Ort, der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder, tätig.

Günther Verheugen beginnt seinen Vortrag, indem er fragt, wie es derzeit um die EU bestellt sei und ob die aktuelle Situation mit der jüngsten EU-Erweiterung zu tun habe.

Die momentane Lage sei in der Tat besorgniserregend. Zuvor habe er nicht geglaubt, dass die EU einmal in diesem Maß in Frage gestellt werde. Dies liege vermutlich zum großen Teil auch daran, dass viele EU-Bürger die Mechanismen und Bestimmungen der EU in ihrer Tragweite kaum noch erfassen könnten. Verheugen gibt zu, dass auch er nicht mehr alle die EU betreffenden Entscheidungen einschätzen könne: was beispielsweise ein ‚Rettungsschirm‘ von 800 Mrd. Euro bedeute, übersteige auch seine Vorstellungskraft.

Derzeit seien zudem eine Reihe bedeutenderer populistischer Bewegungen zu beobachten, die sich negativ zur EU äußern, meint der Redner nicht zuletzt in Anspielung auf die jüngsten Wahlergebnisse der Front National in Frankreich (ca. 20% im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen). Diese Bewegungen seien nicht aus einem anti-europäischen Impetus heraus entstanden, sondern würden auch europäische Ressentiments zur Erreichung ihrer eigentlichen Ziele einsetzen.

Im historischen Verlauf der europäischen Integration erkenne er deutlich eine vorwärtsgerichtete Dynamik sowohl hinsichtlich der Erweiterung als auch der Vertiefung. Ob diese nun gebrochen sei, stehe dahin. Allerdings wolle er mit seinem Vortrag auch einige Hinweise dazu geben, wie man diesem Prozess entgegensteuern könne.

Im Rückblick sieht der Redner eine Konstante darin, dass die Deutschen aufgrund ihrer Geschichte eine besondere Verantwortung für die Wahrung des Friedens in Europa hätten. Die EU habe sich als Friedensprojekt sehr bewährt und sei in dieser wichtigen Funktion keineswegs überholt.

Hinzu träten heute die einschneidenden Phänomene, die mit dem Begriff ‚Globalisierung‘ eher „verharmlost“ würden: Die Welt ändere sich rapide, die Verflechtungen nähmen stark zu. Neue wirtschaftliche Supermächte seien im Entstehen begriffen, und aus den G7 seien bereits die G20 geworden, was bereits die Machtverschiebung in Richtung der sog. ‚Schwellenländer‘ aufzeige. Die Frage für die Bürgerinnen und Bürger Europas sei hier ganz konkret, ob Europa im Zusammenschluss ein global player werden könne, oder ob in Zukunft andere über Europa entscheiden würden. Die sich hieraus ergebene Frage laute, wie stark Europa denn sein müsse, um seine Autonomie in einer globalisierten Welt behaupten zu können. Vor diesen Hintergründen bedürfe die europäische Idee einer Neubegründung.

Das Thema ‚Erweiterung‘, so Verheugen, sei ebenfalls kein neues Thema in der EU. Die erste Erweiterung (1973: Großbritannien und Irland) sei bereits ein Politikum gewesen, weil de Gaulle strikt gegen eine Aufnahme Großbritanniens gewesen sei. Man müsse de Gaulle dabei zu Gute halten, meint Verheugen, dass er mit seiner Einschätzung Recht gehabt habe, dass mit der Aufnahme Großbritanniens bereits wichtige Entscheidungen über die Entwicklungsrichtungen der EU vorweggenommen wurden: Es schien ihm damals und erweist sich auch heute noch als richtig, dass die Briten einem Bundesstaaten-Verbund (‚Vereinigte Staaten von Europa‘) nicht zustimmen würden.

Schwierig sei es ebenfalls mit den Beitritten Griechenlands (1981) sowie Spaniens und Portugals (beide 1986) gewesen, die eher aus idealistischen Gründen erfolgt seien. Diese Länder sollten nach ihren politischen Umbrüchen fest in den europäischen Staatenverbund integriert werden, um ihre politische Entwicklung im Sinn einer Demokratisierung zu festigen.

Der Beitritt der skandinavischen Länder und Österreichs in den 90iger Jahren hingegen sei aus Sicht der EG Konsens gewesen („praktisch, handfest, vernünftig“) und war die reibungsloseste Erweiterung überhaupt.

Dass Griechenland aus guten Gründen in die EG aufgenommen wurde, sei kein Fehler gewesen, doch die Art und Weise, in der man dies tat, sei falsch gewesen. Die Europäische Kommission sei damals aus ökonomischen Gründen gegen die Aufnahme gewesen, worüber sich die europäischen Staats- und Regierungschefs aber hinweggesetzt haben. Griechenland hätte einen seiner Situation entsprechenden Beitrittsvertrag erhalten müssen, was allerdings nicht erfolgte. Stattdessen bekam Griechenland nur einen „Standardvertrag“ und „wurde dann rund 30 Jahre vergessen“. In dieser Zeit wurde die Lage noch verschlimmert, indem ein zweiter Fehler hinzukam, nämlich Griechenland auch noch in die Euro-Zone aufzunehmen.

Ein weiteres Problem der Erweiterungen sieht der Redner auch darin, dass die europäische Einigung vielfach als ein westeuropäisches Projekt wahrgenommen werde. Im Westen gelte die Elbe weithin noch als eine Grenze. Dies sei nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die frühe EWG auch ein Produkt des Kalten Krieges sei, das von den USA, die ein westeuropäisches „Bollwerk“ gegen die Staaten des Warschauer Paktes wünschten, massiv gefördert wurde. (Daher sei es auch zum schnellen Wiederaufbau und der relativ reibungslosen Westintegration der Bundesrepublik gekommen.) Von der Grundidee her sei die EG/EWG/EU lange also tatsächlich kein gesamteuropäisches Projekt gewesen.

1989 musste dieses Denken geändert werden. Verheugen war von Anfang an dagegen, den Staaten des ehemaligen Ostblocks so lange wie möglich den Beitritt zur EG zu verwehren, wie viele Westeuropäer dies beabsichtigten. Besonders schockiert zeigte er sich gegenüber der damaligen Ansicht Henry Kissingers, dass man die osteuropäischen Staaten als „Pufferzone“ gegen Russland behandeln solle. Das entsprach aus Verheugens Sicht nicht dem historischen Verlauf, zumal diese Länder nichts dafür konnten, dass sie unter die Herrschaft der UdSSR geraten waren. Demnach musste ihnen eine ausgleichende historische Gerechtigkeit widerfahren, dergestalt, dass sie also selbst über ihren zukünftigen Weg entscheiden dürfen mussten. Noch 1998 zeigte sich jedoch auf einer informellen Abstimmung der Außenminister sozialdemokratisch geführter europäischer Staaten, dass nicht ein einziger sich die zügige Aufnahme der osteuropäischen Staaten als Vollmitglieder der EU vorstellen konnte.

Verheugen habe darüber hinaus jedoch auch die Notwendigkeit gesehen, den Osten Europas politisch zu stabilisieren. Politische Stabilität sei heutzutage aber nur durch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte auf Basis eines breiten gesellschaftlichen Konsenses möglich. Dies haben die jüngeren historischen Beispiele vom Zusammenbruch „mächtiger Staaten“ gezeigt, bei denen dies nicht der Fall war.

1999 sei dann die Gelegenheit gekommen, die große Erweiterung zu beginnen. Damals seien Verhandlungen mit 12 Ländern gleichzeitig geführt worden. Trotz des klaren politischen Auftrags, die Osterweiterung voranzutreiben, sei die Kommission ein strenger Partner gewesen und habe völlig neue Instrumente der Vorbereitung auf die Mitgliedschaft entwickelt. Im Übrigen seien alle damaligen Befürchtungen, die vor

allem die Deutschen hegten, nicht eingetreten: Die Überschwemmung mit billigen Arbeitskräften sei ebenso ausgeblieben wie eine aus Osteuropa verursachte Kriminalitätswelle in Deutschland. Stattdessen habe insbesondere die Entwicklung Polens eine positive Überraschung dargestellt.

Die Gefahr eines großen politischen Rückschlags in den betreffenden Staaten, die nun schon länger demokratisch seien als es die Weimarer Republik geschafft hatte, sieht Verheugen ebenfalls nicht. Aus deutscher Sicht sei die Erweiterung in jeder Hinsicht ein Glücksfall und wirtschaftlich habe die Bundesrepublik Deutschland enorm profitiert.

Warum die EU dennoch so wenig populär sei, fragt Verheugen erneut. Dies liege auch an einem Vermittlungsproblem der EU. In Frankreich z.B. werde Stimmung gegen die Erweiterung gemacht, indem man diese für eigene Probleme verantwortlich mache, die mit der Erweiterung kausal nichts zu hätten. Seit 2005 gehe es nicht mehr sichtlich voran. Mit Kroatien wurde acht Jahre lang verhandelt, bis das Land im kommenden Jahr nun wohl endlich aufgenommen werde. Die Verhandlungen mit der Türkei stockten; Erfolge seien nicht erkennbar. Eigentlich, so Verheugen, müsse man nun auch beginnen, sich mit der Ukraine zu beschäftigen, die ebenfalls eine faire Chance zum Beitritt erhalten sollte, doch daran sei beim derzeitigen politischen Klima nicht zu denken. Doch eine neue Grenze innerhalb Europas zwischen der EU und dem „Rest“ dürfe es nicht geben.

Die Aufnahme der Türkei liegt Verheugen sehr am Herzen. Doch er fürchtet, dass sich das Thema über kurz oder lang von selbst erledigen werde. Die Türkei sei eine sich etablierende Regionalmacht mit einer starken Stimme in der islamischen Welt. Die Türkei habe zudem ein starkes Wirtschaftswachstum und eine gesunde demografische Entwicklung: aus beiden Gründen wäre sie ein großer Gewinn für Europa. Es dürfe natürlich in Bezug auf die politischen Reformbedingungen für die Türkei keinen „Rabatt“ geben. Da aus der EU aber seit einigen Jahren keine ermunternden Signale mehr kämen, habe sich auch die EU-Begeisterung der Türkei gelegt, wo sich mehr und mehr die Einstellung breit mache, dass man die Mitgliedschaft in der EU eigentlich auch nicht benötige. In der Tat sei der Gewinn für die EU im Fall eines Beitritts der Türkei größer als für die Türkei, meint Verheugen.

Die Ängste vor der Erweiterung der EU seien unbegründet, schließt der Redner. Vor allem das immer wieder angeführte, aus dem Militärstrategischen stammende Argument der ‚Überdehnung‘ sei irreführend. Die EU verfolge keinen imperialen Ambitionen, sondern beruhe vollständig auf freiwilliger Basis. Ein solches System könne nicht ‚überdehnt‘ werden.

Dem Vortrag folgte eine angeregte Diskussion. Zum Fall Ungarn befragt, erklärt Verheugen, dass die derzeitige Verstimmung sich nicht gegen die Ungarn insgesamt richten sollte, da er das Problem eher in der Regierung Viktor Orbáns sieht, die den Geist der Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit schüre. Die neuen ungarischen Mediengesetze könne er nicht letztgültig beurteilen, aber er meint, dass man da als Deutscher sehr vorsichtig sein solle. Die öffentlich-rechtlichen deutschen Sender seien auch nicht frei von politischer Einflussnahme, das könne er aus eigener Erfahrung sagen. Von einer Bestrafung bzw. Sanktionierung Ungarns würde er allerdings abraten, stattdessen empfiehlt er den politischen Dialog.

Grundsätzlich äußert Verheugen die Auffassung, dass man auf die Nationalstaaten nicht verzichten und nur das durch die EU regeln lassen solle, was diese auch tatsächlich besser machen könne. Das sei sehr viel. Ansonsten solle man „aber auch kein Fitzelchen“ mehr an Kompetenzen von Berlin an Brüssel abgeben, als in diesem Sinne nötig, solange die EU nicht eine grundlegende Reform in Gestalt einer inneren Demokratisierung erfahren habe. Eine solche neue EU, die dann den ‚Vereinigten

Staaten von Europa' bereits nahe kämen, sieht Verheugen allerdings nur in Bezug auf zunächst eine kerneuropäische Gruppe (Frankreich, Deutschland, Polen) für realisierbar. Das Vereinigte Königreich wäre hierfür sicherlich nicht für zu gewinnen. Möglicherweise würde diese Kerngruppe wiederum attraktiv für weitere Erweiterungen und Vertiefungen dieser neuen Form wirken.

Auf die äußeren Grenzen Europas angesprochen, antwortet Verheugen, dass er nicht recht einsehen könne, inwieweit ein russischer Zar die Ostgrenze Europas per Dekret auf den Kamm des Ural habe festlegen können, und er könne deshalb auch nicht erkennen, dass es jenseits des Bosphorus anders aussehe als diesseits. Im Grunde könne man sagen, dass alle Mitglieder des Europarates (hier war die Türkei sogar Gründungsmitglied) für eine Mitgliedschaft der EU in Frage kämen, da sie politisch als „europäisch“ anerkannt seien. Die Religion dürfe keine Rolle spielen; er kenne keine Religion, die mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Anerkennung der Menschenrechte unvereinbar wäre. Schwierig sei die Frage im Falle Israels, wenn sich diese einst stellen würde, was im Moment nicht der Fall sei. Hier hätte er Probleme, einfach zu sagen „das ist jetzt aber Asien“.

Wünschen würde sich Verheugen einen europäischen Staatenverbund mit einem großen Binnenmarkt, der auch die Nachbarregionen im Osten und Süden integriert. Dies sei zwar an sich beschlossene europäische Politik, aber bisher werde sie leider nicht zielgerichtet umgesetzt.